

TTIP

Kritik am geplanten Freihandelsabkommen zwischen EU und USA

Dr. Axel Troost

Oktober 2015

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

TTIP – Worum geht es?

Ziele:

Förderung des transatlantischen Handels durch

- Senken von Zöllen und Abbau weiterer Handelshemmnisse für erleichterten Marktzugang für ausländische Firmen
- Schutz von Investoren vor nachteiligen Gesetzesänderungen

Versprechen:

Intensivierung der Handelsbeziehungen soll

- Wachstumsimpulse erzeugen für zusätzliche Arbeitsplätze
- das Realeinkommen steigern (niedrigere Preise für Konsumenten)

Befürchtungen und Kritik:

**Intransparenz – Senkung von Standards – Klageflut –
Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaat**



Hintergrund: Freihandels-Dogma

Ideologie des Freihandels ist 250 Jahre alt (David Ricardo)

- Freihandel vermehre den Wohlstand aller
- Bei Öffnung der Grenzen für den internationalen Handel steige das Volkseinkommen aller beteiligten Länder
- Jedes Land profitiere (auch wenn es insgesamt nur teurer produzieren könne), wenn es sich auf Produktion und Export jener Güter spezialisiert, die es zu relativ niedrigen Kosten herstellen kann.

Erfahrungen:

- Industrieländer selbst entwickelten ihre Industrie nur durch Abschottung ihrer Märkte („Protektionismus“), nicht durch Freihandel
- Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA, 1994): Sinkende Löhne in USA und Kanada
- Freihandelsabkommen Südkorea-USA (KORUS-FTA, 2011): Verlust von 40.000 Arbeitsplätzen in einem Jahr

Anläufe zur Handels-Liberalisierung

1997/98: Multilaterales Investitionsabkommen (MAI)

- „Masterplan für neoliberalen Freihandel“
- weitgehende Klagerechte für Konzerne vorgesehen
- scheiterte am öffentlichem Druck

2001: Multilaterale Verhandlungen der WTO

- Start der sog. Doha-Runde
- Streitpunkte: Agrarsektor, Investitionen, Wettbewerbspolitik, öffentliches Beschaffungswesen, Handelserleichterungen
- Verhandlungen liegen seit Jahren auf Eis



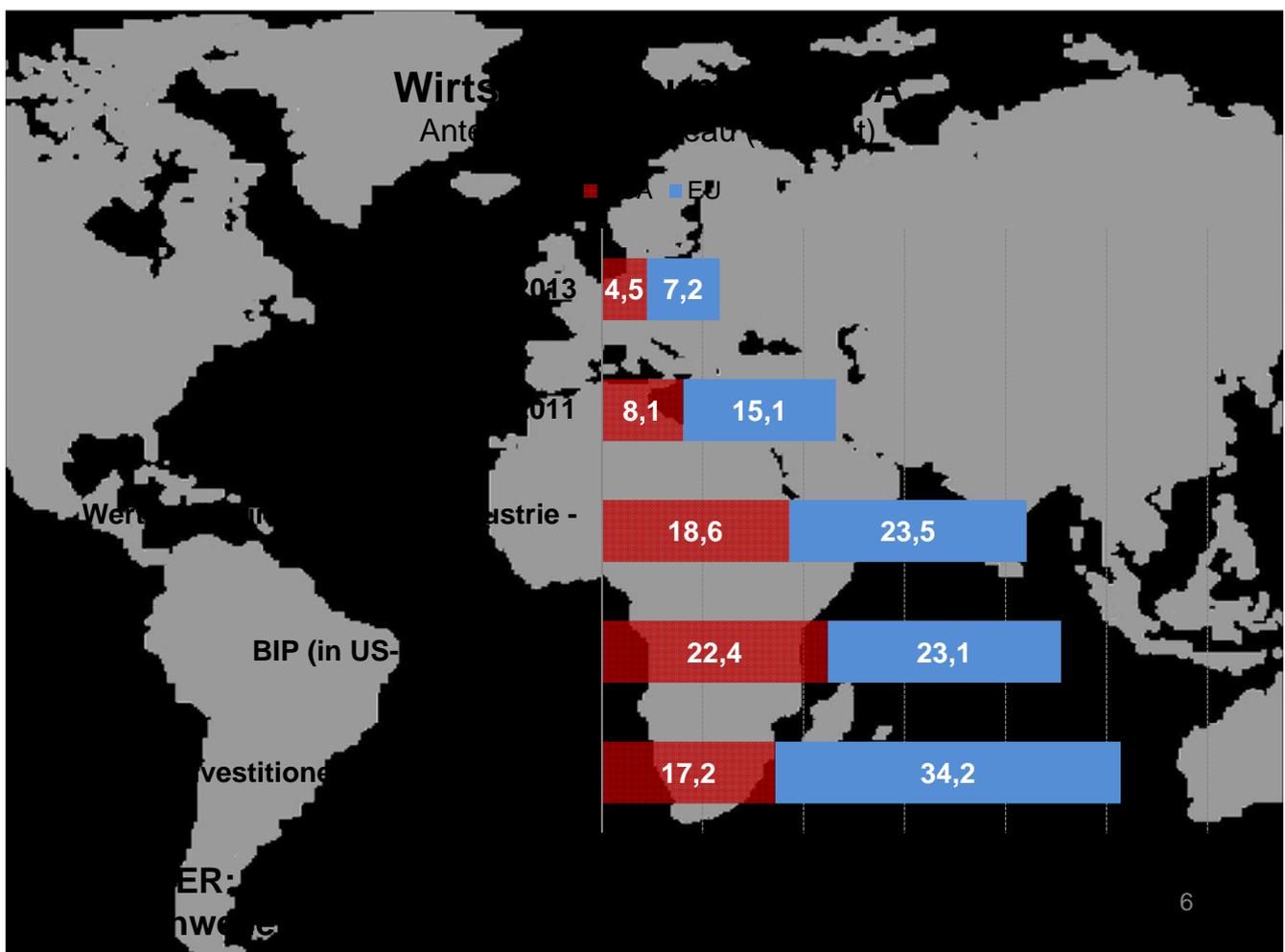
Anläufe zur Handels-Liberalisierung

Aktuell:

- neue Welle der Deregulierung und Liberalisierung
- nun vermehrt Abkommen zwischen jeweils zwei („bilateral“) Ländern bzw. Handelsräumen, weil leichter durchsetzbar als größere Abkommen („multilateral“)

Verhandlungen:

- Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen EU und USA
- Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen EU und Kanada
- Trade in Services Agreement (TISA) zwischen EU, USA und 21 weiteren Ländern
- „im Windschatten“ kleinere Verträge (EU-Singapur und EU-Vietnam)



Offizieller Zeitplan

- Juni 2013: EU-Regierungen geben **Mandat** (Beauftragung) zu TTIP-Verhandlungen – Wortlaut bleibt jedoch geheim
- September 2014: Das Verhandlungs-Mandat wird auf öffentlichen Druck hin veröffentlicht
- bisher **10 Verhandlungsrunden** abgeschlossen (Rahmen ist abgesteckt; Detailverhandlungen laufen)
- geplant für Ende 2015: offizieller **Abschluss** der Verhandlungen → allerdings nicht mehr einhaltbar, teilweise unklar ob noch vor US-Präsidentschaftswahlen Ende 2016
- geplant für 2017: **Ratifizierungsverfahren** (also offizielle Vertragsunterzeichnung). Weiterhin unklar durch **welche Institutionen**, ob nur durch Europa-Parlament oder auch durch die nationale Parlamente
- geplant für 2019: Ende des Ratifizierungsverfahrens und vollständiges **Inkrafttreten von TTIP**

Was sind die Kritikpunkte?

1. Verhandlungsauftrag und -prozess sind intransparent und undemokratisch
2. Drohende Absenkungen von Verbraucher- und Umweltschutz sowie Arbeitnehmerrechten
3. Neoliberale Medizin wirkungslos: euphorische Wachstums- und Beschäftigungs-Prognosen fragwürdig bis widerlegt
4. Angriff auf die Demokratie: Klagerechte von Konzernen bei Profitschmälerung durch Gesetzesänderungen („Investitionsschutz“) zementiert heutige Gesetzeslage

Transparenz à la EU-Kommission

- **Geheimverhandlungen** hinter verschlossenen Türen
- **Verhandlungsmacht alleine bei EU-Kommission** – keine Entscheidungsrechte für EU-Parlament und Mitgliedstaaten
- **Zugang zu Verhandlungsdokumenten** nur für 139 Personen der Regierung und Ministerien - aber für keinen der 631 demokratisch gewählten deutschen Bundestagsabgeordneten (diese sollen nun vielleicht bis Ende des Jahres Zugang bekommen)



Welche Bereiche sind betroffen?

Auf beiden Seiten des Atlantiks droht in vielen Bereichen die Absenkung eigener Standards bzw. die gegenseitige **Anerkennung des jeweils schwächerer Standards**:

- Öffentliche Dienstleistungen, Bildung, Kultur
- Öffentliche Beschaffung
- Klimaschutz, Energiepolitik
- Immaterialgüter-Rechte (Patente)
- Landwirtschaft (Gentechnik, Pestizide, Fleischerzeugung/Tierschutz)
- Arbeitnehmerrechte
- Chemikalienpolitik
- Finanzdienstleistungen
- Datenschutz
- Entwicklungspolitik?
- ...



Wachstums- und Beschäftigungs-Prognosen fragwürdig bis widerlegt

- Exporte nach USA untergeordnete Rolle für Deutschland und EU
- Selbst Befürworter berufen sich auf von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie des Centre for Economic Policy Research (CEPR), die ein Mini-Wachstum zwischen 0,27 bis 0,48% bis 2027(!) prognostiziert
- Zudem Kritik an unrealistischen Annahmen und unwissenschaftlicher Argumentation. (z.B. Jagdish Bhagwati, Columbia University; oder Sabine Stephan in Studie für Friedrich-Ebert-Stiftung)

→ Versprechen auf Wachstum und Beschäftigung völlig unglaubwürdig

Investitionsschutz: Demokratie und Rechtsstaat werden ausgehebelt

Investoren können bei Gesetzesänderungen wegen entgangener Gewinne vor Schiedsgerichten klagen:

- Nationaler Rechtsweg kann umgangen werden
- Entscheidung hinter verschlossenen Türen
- Interessenskonflikte: Richter dürfen vor und nach Amtszeit als Anwälte die Unternehmens-Interessen vertreten
- Schiedsspruch verbindlich, keine Berufung möglich
- Benachteiligung inländischer Unternehmen (ihnen bleibt nur der herkömmliche, nationale Klageweg)
- Hochkomplexe und teure Prozesse nur für Großkonzerne attraktiv, kleine Unternehmen und Kommunen können sich schlecht wehren

Investitionsschutz: Demokratie und Rechtsstaat werden ausgehebelt

„Ein solches Schlupfloch würde die Errungenschaften von

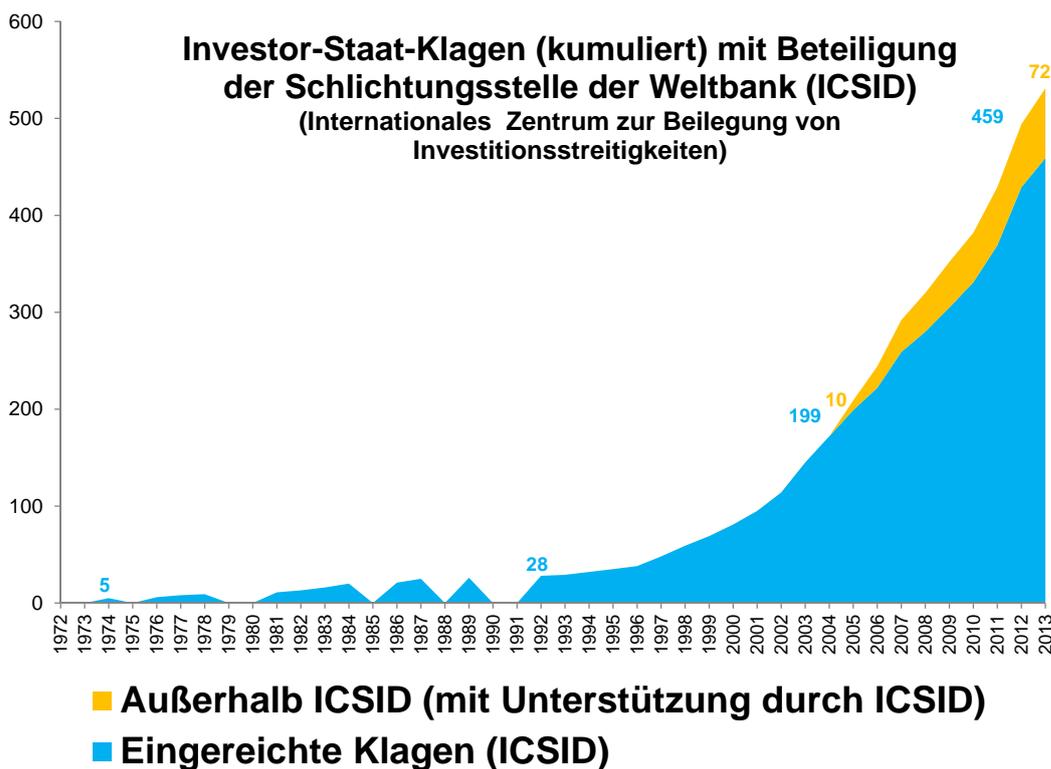
- 150 Jahren Arbeiterbewegung,*
 - 100 Jahren Frauenbewegung und*
 - 50 Jahren Umweltbewegung*
- mit einem Federstrich zerstören.“*

Barbara Hendricks, Bundesumweltministerin (SPD)
(Spiegel Online, 03.02.2014)

Beispiele für Schiedsverfahren

- **Zigaretten:** Philipp Morris klagt gegen Uruguay und Australien wegen Warnhinweisen auf Zigarettenschachteln
- **Daseinsversorgung:** Argentinien verhängt nach Wirtschaftskrise 2001/2002 Preis-Obergrenzen für Strom, Gas und Wasser - ausländische Konzerne klagen
- **Kohlekraftwerke:** Höhere Umweltauflagen für Kraftwerk Hamburg-Moorburg nach Wahl von Rot/Grün, Vattenfall-Klage auf 1,4 Mrd. Euro – 2010 der Vergleich: Hamburg muss einlenken und Auflagen absenken
- **Atomausstieg:** Vattenfall verklagt Deutschland 2009 auf 4,6 Mrd. Euro Schadenersatz wegen entgehender Gewinne verkürzter Restlaufzeiten (Krümmel und Brunsbüttel)
- **Und das könnte erst der Anfang gewesen sein!**

Rasante Zunahme vom Klagen



Druck auf Schiedsgerichte folgenlos

Öffentlicher Druck gegen geheime und privat besetzte Schiedsgerichte ohne Revisionsmöglichkeit steigt:

- EU-Kommission schlägt besondere Auswahlkriterien und Berufungsmechanismus für Schiedsgerichte vor
- EU-Außenkommissarin Malmströms Vorschlag „Investment Court System“ (weitgehend ISDS-Schiedsgerichte in neuem Gewand)
- Wirtschaftsminister Gabriel bringt „öffentlichen Handelsgerichtshof“ als Alternative in Spiel

Vorschläge jedoch folgenlos:

- weiterhin würde ein paralleles Rechtssystem entstehen, maßgeschneidert nach Konzerninteressen
- EU hält an CETA-Verhandlungsergebnissen fest, und für TTIP wollen EU wie USA keine Änderungen mehr akzeptieren
- **Daher: TTIP ist nicht reformierbar, sondern nur ablehnbar !**

Fazit: DIE LINKE lehnt TTIP ab !



- Intransparente und undemokratische Verhandlungen
- Absenkung von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards
- Ausbleibendes Wachstum oder Arbeitsplätze
- Stärkung von Konzernen gegenüber demokratischen Regierungen und Einschränkung von Gesetzgebung

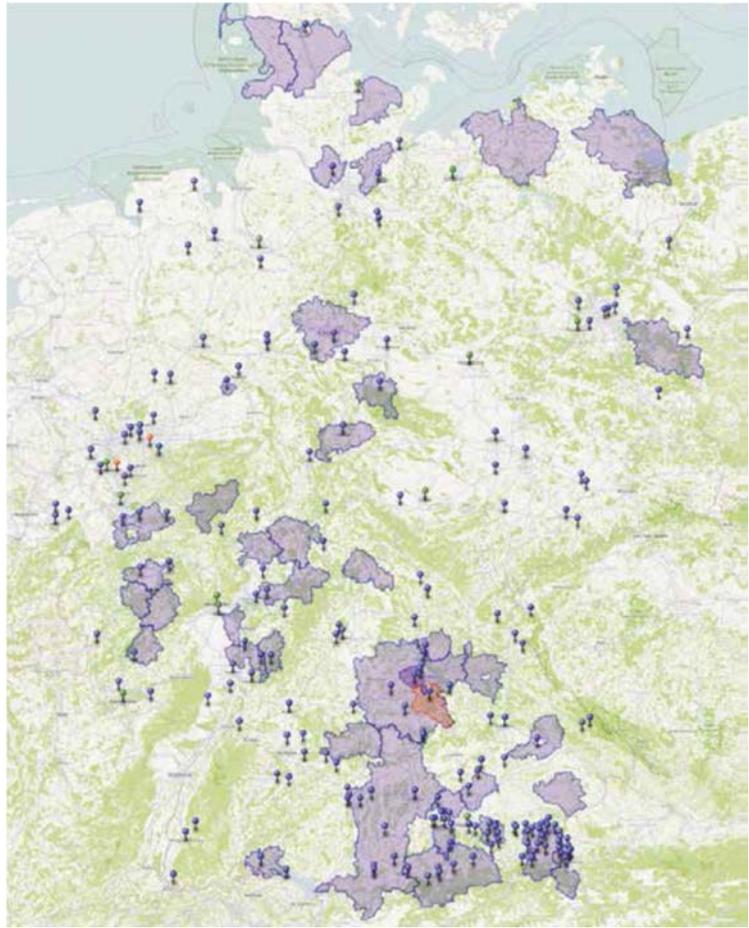


Gemeinsam kämpfen!

EU-Weit über 500
Initiativen engagiert
gegen TTIP, CETA &
Co

In **Deutschland** über
250 Städte, Kreise und
Gemeinden gegen
TTIP, CETA & Co

Breites Bündnis für
große Demonstration
am 10. Oktober in
Berlin



Vielen Dank!

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG